

Kluft zwischen
Spitze und Basis

Juniaufstand und Mauerbau offenbarten Spaltung der Ost-CDU

Manfred Agethen

Gut drei Jahre nach Gründung der DDR hätte der Aufstand vom 17. Juni 1953 bereits das Ende des SED-Regimes bedeutet, wenn nicht der Aufmarsch sowjetischer Panzer dies verhindert hätte. Der auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 beschlossene Aufbau des Sozialismus hatte das Land in eine tiefe ökonomische und politische Krise geführt. Die Bauern wurden in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) gezwungen und zu unerfüllbaren Abgabesolls genötigt. Auch Handel- und Gewerbetreibenden und privaten Unternehmern wurden kaum erfüllbare Forderungen gestellt, um ihnen die Überführung ihrer Geschäfte und Betriebe in Volkseigentum schmackhaft zu machen. Der Einfluss der evangelischen Kirche wurde zurückgedrängt, die Gruppen der „Jungen Gemeinde“ zerschlagen.

Von Juli 1952 bis Mai 1953 flüchteten gut 300 000 DDR-Bürger in den Westen – klare Signale für Unmut und Protest, die sich seit Herbst 1952 auch mehrfach in Arbeitsniederlegungen äußerten. Zwar hatte das Politbüro am 11. Juni auf massiven Druck aus Moskau sensationell erhebliche Fehler eingestanden und Abhilfe mittels einer Politik des „Neuen Kurses“ versprochen, doch die kurz zuvor dekretierte zehnprozentige Erhöhung der allgemeinen Arbeitsnormen nicht zurückgenommen. Als dann die *Tribüne*, das Organ des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), die Normerhöhungen auch noch verteidigte, war dies das Signal für den Aufstand; er dehnte sich von Ber-

lin aus auf fast alle Industriegebiete in der DDR aus, insgesamt auf mehr als vierhundert Orte.

Ursachen und Verlauf des Aufstandes waren vielfältig und unterschiedlich, doch steht nach neueren Untersuchungen eindeutig fest, dass von Anfang an die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Streikenden mit einer politischen Fundamentalkritik verbunden waren. Auch das Zentralkomitee der SED und das Politbüro wussten dies. Obwohl sie nach außen hin den Aufstand als von westlichen Imperialisten, Revanchisten und Faschisten, von Anhängern der „Adenauer-Clique“ gelenkt darstellten, waren sie sich intern doch genau im Klaren darüber, dass sich in ihm das ganze Ausmaß der Ablehnung des SED-Regimes durch das eigene Volk zeigte. Die SED-Oberen wussten, dass die Normerhöhungen, die vor allem die Bauarbeiter in Berlin hart trafen, nur der äußere Anlass für den Aufstand waren, die eigentlichen Ursachen aber tiefer lagen und die Ziele weiterreichten: Es ging um den Sturz der Regierung, um Zulassung demokratischer Verhältnisse in den Betrieben, um freie Wahlen und um die Wiedervereinigung. Dass sich die Opposition gegen das kommunistische System überhaupt richtete, war auch daran erkennbar, dass dort, wo der eigentliche Streik gegen die Normerhöhungen ausblieb, es zu anderen Formen massiven Protestes kam: Abreißen von Plakaten, Verweigerung von Arbeitsaufnahme, Attacken gegen einzelne SED-Funk-

tionäre, Forderung nach niedrigeren Preisen in den HO-Geschäften und nach Freilassung von politischen Häftlingen. SED-Chef Grotewohl notierte: „Republikflucht – völliger Bruch (mit der) Partei (der) Arbeiterklasse bis zur Feindseligkeit... Im Mittelpunkt stehen nicht ökonomische Fragen, sondern die Frage der Partei – Arbeiterklasse.“ Er wusste also, dass das politische System der DDR überhaupt, das ja auf der Führung des Staates durch die Partei der Arbeiterklasse basierte, infrage stand. Mindestens 13 000 Personen wurden im Zusammenhang mit den Unruhen verhaftet. Nach offiziellen Angaben gab es „nur“ 21 Todesopfer, andere Quellen sprechen von über 260 Toten.

Sah sich das SED-Regime schon dem Misstrauen und der Feindseligkeit weiter Teile des Volkes ausgesetzt, wollte es wenigstens der Solidarität und Unterstützung der „befreundeten Parteien“ sicher sein – so hießen im SED-Jargon die kleineren Blockparteien CDU, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). So war es für das Zentralkomitee der SED nach den Unruhen eine wichtige Frage, wie die Stimmung in den kleineren Blockparteien war, welche Rolle insbesondere Funktionäre und Mitglieder der „bürgerlichen“ Parteien, also CDU und LDPD, bei den Unruhen gespielt hatten.

Haltung der CDU-Eliten

Die Haltungen und Stimmungslagen in der CDU werden aus deren Akten und denen der SED hinreichend klar: Fassen wir zunächst das Verhalten der Leitungsebenen und Funktionsebenen der Partei ins Auge:

Nur auf der obersten Führungsebene der Partei, im Parteivorstand in Berlin, war völlige Loyalität gegenüber der SED

erkennbar. Parteichef Otto Nuschke bekannte sich entschieden zur Regierung der DDR und zu deren Politik und sah in dem Aufstand „faschistische westliche Provokationen“. Der „Politische Ausschuss“, das höchste Organ des Hauptvorstandes der CDU, stellte in seiner Sitzung vom 18. Juni fest: „Durch die rasche und entschlossene Unterstützung durch die Sowjetarmee, die in Verfolgung der Friedenspolitik der Sowjetrepublik daran interessiert ist, Ruhe und Rechtssicherheit herzustellen, sind die Angriffe der faschistischen Provokateure zusammengebrochen.“ Diese Interpretation des Aufstandes folgte der offiziellen Version der SED in einer Regierungserklärung zum 17. Juni. Am selben Tag schickte der „Politische Ausschuss“ ein Telegramm an den DDR-Ministerpräsidenten, worin die „Treue der CDU zur DDR“ zugesichert wurde. CDU-Generalsekretär Gerald Götting konstatierte in seiner eigenen Partei „sehr ernste Vorwürfe gegen die Arbeit der Parteileitung“ und war übereifrig bemüht, der SED die Niederringung der „reaktionären Kräfte“ in Funktionärskadern und Mitgliedschaft seiner Partei zu versichern. Er bediente sich dabei auch der Hilfe des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). In der offiziellen Parteipresse, insbesondere im Zentralorgan *Neue Zeit*, ließ er monoton die These von der Provokation „faschistischer und anderer reaktionärer Elemente“ wiederholen, die angeblich die von der DDR-Regierung geplanten Reformmaßnahmen durchkreuzen, die Staatsordnung der DDR untergraben und die Herstellung der Einheit Deutschlands erschweren wollten.

Reaktionen der Basis

Doch die an den SED-Vorgaben orientierten Thesen und Maßnahmen der Parteileitung waren schon auf der mittleren Funktionärssebene nur schwer zu vermit-

teln. Von einer Hauptvorstandssitzung der CDU am 26. Juni berichtete das MfS, dass selbst dort Parteichef Nuschke und Generalsekretär Götting sich mit ihren SED-Thesen nur schwer hatten durchsetzen können. Noch Ende Juli musste ein Mitarbeiter Göttings gegenüber dem Zentralkomitee der SED resigniert bekennen, „dass sich die fortschrittliche (= SED-treuen, M. A.) Kräfte in der Partei noch weiterhin in der Defensive befinden“.

Noch klarer gegen die SED und gegen die Anpassungsbereitschaft der eigenen Parteileitung war die Stimmung in den Kreisverbänden und überhaupt an der Basis der Partei gerichtet. Dies wird in den Informationsberichten, die die Kreisverbände monatlich an die Bezirksverbände abzuliefern hatten und die von dort an die Zentrale weitergegeben wurden, deutlich sichtbar. Die SED-These, es habe sich bei dem Juniaufstand um einen „gegenrevolutionären faschistischen Putsch“, gesteuert durch „westliche Provokateure und Saboteure“, gehandelt, wird dort klar abgelehnt. In Wismar zum Beispiel nehmen die CDU-Mitglieder der Belegschaft einer Zuckerfabrik offen Partei für den Streik und für Adenauer, der entgegen den SED-Behauptungen keineswegs einen Krieg wolle. Im Kreis Bad Doberan äußert man Unverständnis, wie die Presse noch schreiben könne, das gesamte Volk stehe hinter der Regierung. Allerorten konstatiert man das Versagen der SED, fordert den Rücktritt der Regierung, der man keinerlei Vertrauen mehr schenken könne, dringt auf freie Wahlen und beklagt, „dass unsere Partei diese Fehler mitgemacht hat und hiergegen nichts unternommen hat“. Auch die Forderungen nach Wiedervereinigung, nach Rechtssicherheit, nach Abschaffung des Ministeriums für Staatssicherheit taucht in den Berichten immer wieder auf. Große Verärgerung herrscht in der Bevölkerung über die Dominanz der marxistischen Ge-

schichtsauffassung im Schul-, Erziehungs- und Universitätswesen und über die Benachteiligung von CDU-Mitgliedern beziehungsweise von Christen überhaupt beim beruflichen Fortkommen. In einem Stimmungsbericht aus dem Kreisverband Quedlinburg von Ende Juni 1953 heißt es: „Besonders zahlreich sind die Anregungen und Wünsche der Bevölkerung in bezug auf die Belieferung mit Lebensmitteln, Kleidung und sonstigen Bedarfsartikeln und über die hohen Lebenshaltungskosten.“

Die Quellen zeigen eindeutig, dass der im Juniaufstand zum Ausdruck kommende Protest sich keineswegs primär oder gar ausschließlich gegen Normerhöhungen und unzumutbare Arbeitsbedingungen richtete, sondern – wie ja auch Grotewohl gleich erkannt hatte – das DDR-System als Ganzes infrage stellte. Die Ziele waren von Anfang an politisch: Sturz der Regierung der DDR, freie Wahlen und Wiedervereinigung. Und die Quellen zeigen auch, dass man klar unterscheiden muss zwischen einer fremdbestimmten, schon in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre durch physischen und psychischen Druck mit der SED gleichgeschalteten Parteispitze und einer bis in die mittlere Funktionärebene reichenden Parteibasis, die gegen den Anpassungsdruck der SED und die Nachgiebigkeit der eigenen Parteileitung an demokratisch-pluralistischen Strukturen und christlichen Werten festhalten wollte.

Basis-Kritik am Mauerbau

Diese Kluft innerhalb der Partei ist auch im Umfeld des Mauerbaus vom August 1961 zu beobachten. Allerdings in abgeschwächter Form. Denn nach den negativen Erfahrungen beim Juniaufstand mit der unangepassten Mitgliedschaft der „befreundeten Parteien“ hatte die SED diese zu weiteren internen „Säuberungen“ gedrängt. Das Zentralkomitee der SED hatte CDU-Chef Götting in einem

Gespräch Anfang 1954 klargemacht, es sei den „fortschrittlichen“ Kräften nur ungenügend gelungen, ihren Einfluss auf die schwankenden Funktionäre geltend zu machen und die „Isolierung der negativen Kräfte zu verstärken“. Die CDU – so hatte man in dem Bericht über das Gespräch hinzugefügt – sei „die Partei, in der am stärksten der Feind arbeitet“.

Solche Schelte der „führenden Partei der Arbeiterklasse“ hatte Generalsekretär Götting, den eigentlich starken Mann der Partei, zu verstärktem Säuberungsehrgeiz angestachelt. Er mag bei fortgesetzter Widerborstigkeit innerhalb seiner Partei um deren Fortexistenz gefürchtet haben – tatsächlich hatten SED und SMAD die Auflösung der CDU mehrfach angedroht. Schon in den ersten Wochen nach dem Juniaufstand hatte er den Bezirks- und Kreisvorständen eingeschärft, die systemkritischen Diskussionen „in den Kreisverbänden zu zerschlagen“.

So war es nicht verwunderlich, dass die Protesthaltung gegenüber dem Mauerbau an der Basis der CDU nicht mehr so ausgeprägt war, wie gegenüber den SED-Lügen von einem „imperialistisch-faschistischen Putsch“ angesichts des Juniaufstandes. Die massive „Kaderauslese“ seitens der Parteileitung hatte Wirkung gezeigt. Die dem Sozialismus kritisch gegenüberstehenden Mitglieder und Funktionäre waren aus der Partei ausgeschlossen worden, waren „freiwillig“ ausgetreten oder hatten die DDR ganz verlassen: Von Mitte der fünfziger Jahre bis zum August 1961 hatten sich pro Jahr durchschnittlich 2000 CDU-Mitglieder für die „Republikflucht“ entschieden, was natürlich ihren sofortigen Parteiausschluss zur Folge hatte.

Vorauselender Gehorsam bei Parteileitung

Trotzdem: Auch bei der Diskussion um den Mauerbau blieb die Bruchlinie zwi-

schen Parteileitung und Mitgliedschaft noch klar erkennbar – so sehr, dass der frühere Ost-CDU-Archivar Joachim Franke hier sogar von „zwei Welten“ sprach. Schauen wir auch hier zunächst wieder auf die Führungsebene:

Ost-CDU-Generalsekretär Gerald Götting, seinerzeit auch stellvertretender Staatsratsvorsitzender und Vizepräsident der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft, hielt sich am 13. August 1961 zu einem Besuch bei Albert Schweitzer in Lambarene in Afrika auf. Hätte er vom Vorhaben des Mauerbaubeginns zu diesem Zeitpunkt gewusst, wäre er bestimmt in der DDR verblieben. Dies kann man auch daraus entnehmen, dass der damalige zweite Parteivorsitzende, Wolfgang Heyl, der am 13. August – es war ein Sonntag – bei seiner Familie im sächsischen Borna weilte, später erklärte, er wäre selbstverständlich in Berlin präsent gewesen, um die dort zu treffenden Maßnahmen selbst zu leiten, wenn er von der Aktion früher gewusst hätte. Man kann also davon ausgehen, dass die CDU-Parteiführung – so wie die DDR-Bevölkerung auch – zumindest über die Frage des „Wann“ nicht informiert war. Dass es zu einer Abschließung der DDR-Staatsgrenze nach Westberlin kommen würde, dürfte Götting trotz Ulbrichts dreister Lüge bei einer internationalen Pressekonferenz am 15. Juni 1961, niemand in der DDR habe die Absicht, eine Mauer zu errichten, gewusst haben. Er selbst war es gewesen, der Mitte Juli 1961 bei Gesprächen mit dem Zentralkomitee der SED in dem üblichen vorauselenden Gehorsam mehrfach gefordert hatte, „die Staatsgrenze nach Westberlin durch einschneidende Maßnahmen gegen den zunehmenden Menschenhandel“ zu schützen.

Nachdem damit tatsächlich begonnen worden war, brauchte die Partei zwar ein paar Tage Bedenkzeit, um auf eine Maß-

nahme von so weit reichender Bedeutung angemessen zu reagieren; man wartete in solchen Fällen gern die Sprachregelung der SED und ihres Zentralorgans *Neues Deutschland* ab. Doch schon am 16. August gab die Parteileitung in einer „vertraulichen Information für die Mitglieder des Hauptvorstandes, der Volkskammer und für die Bezirksvorstände“, unterzeichnet vom stellvertretenden Parteivorsitzenden Wolfgang Heyl, die Sprachregelung zur Bewertung der Regierungsmaßnahmen vom 13. August vor. Danach war „mit den Maßnahmen unserer Regierung zur Friedenssicherung in Berlin den westdeutschen Militaristen und Revanchisten eine empfindliche Niederlage“ bereitet worden. Deren „schmutzige Pläne gegen die DDR und das sozialistische Lager“ seien nun durchkreuzt, es sei ihnen nun unmöglich, „die offene Grenze für ihre verbrecherischen Abenteuer zu nutzen.“ Niemand sei heute mehr in der Lage, „die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR zu liquidieren“. Von dem eigentlichen Grund des Mauerbaus, die Massenflucht der DDR-Bürger und die damit für den Staat verbundenen wirtschaftlichen Nachteile zu stoppen, war natürlich nicht die Rede.

„Bändigung des westdeutschen Militarismus“

Im Präsidium des Hauptvorstandes, das als formal höchstes Organ des Hauptvorstandes unter anderem für die politische Unterrichtung und Anleitung der nachgeordneten Parteiorgane zuständig war, kam erst in der Sitzung vom 29. August 1961 – es war die erste ordentliche Sitzung nach dem Mauerbau – die Schließung der Staatsgrenze zur Sprache; man ging allerdings nur kurz darauf ein. Der Parteivorsitzende August Bach stellte sich klar hinter die Maßnahmen der Regierung: Sie hätten „unsere Republik ein gutes Stück auf dem Wege zu einem souveränen Staat vorangebracht“, indem diese ihre unein-

geschränkten Hoheitsrechte – hier die der Grenzsicherung – geltend gemacht habe. Die Maßnahmen seien, so sagte er auf einer Hauptvorstandssitzung vom 13. Oktober 1961, „ein Schritt auf dem Wege zur Bändigung des westdeutschen Militarismus“.

Danach dauerte es noch bis zum 25. Oktober 1961, bis sich das Sekretariat des Hauptvorstandes (SHV), der eigentliche Führungskern der Ost-CDU, ausführlich mit den Ereignissen vom 13. August befasste. Generalsekretär Götting lobt die Maßnahmen der Regierung am 13. August als „die nach der Befreiung 1945 und der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik entscheidendsten Beschlüsse der DDR zur Sicherung des Friedens in der Welt“. Der stellvertretende Parteivorsitzende Heyl betont – wie die meisten übrigen Sekretariatsmitglieder –, die Grenzsicherungsmaßnahmen seien primär im Interesse der Friedenssicherung geschehen und hätten dem „Menschenhandel“ in Berlin ein Ende gesetzt. „Notwendigkeit“ und „Richtigkeit“ des Mauerbaus werden von allen Sekretären bekenntnishaft attestiert, auch die Überwachung der Sperrmaßnahmen mit aufgefahrenen Panzern wird gerechtfertigt – das sei ebenso begrüßenswert gewesen wie seinerzeit das militärische Eingreifen bei den Unruhen am 17. Juni 1953. Alle Sekretäre beteuern, dass sie unmittelbar nach den Sicherungsmaßnahmen die Position der Regierung und die der eigenen Parteileitung in Versammlungen auf Kreis- und Bezirksebene erläutert und gerechtfertigt hätten. Auch für die Räumung von Wohnungen und die Planung von Gartengrundstücken an der Sektorengrenze bringen die leitenden Funktionäre Verständnis auf.

Unzufriedenheit auf Kreisebene

Ganz andere Einstellungen und Argumente finden sich in der Mitgliedschaft

der Partei. Wir sind darüber durch die schon erwähnten Informations- und Stimmungsberichte aus den Kreisen und Bezirken an die Parteizentrale unterrichtet. Auf Kreisebene wurden sie in der Regel von den Kreisgeschäftsführern beziehungsweise Kreissekretären angefertigt. Deren Position war schwierig, weil sie einerseits auf das Prinzip des demokratischen Zentralismus verpflichtet waren, das besagte, dass alle Weisungen der jeweils höheren Parteiebene für die nachgeordneten Gliederungen verbindlich waren, sie andererseits aber auch die Wünsche, Bedürfnisse und Beschwerden in ihrem Kreis, an der Basis der Partei also, zu berücksichtigen und „nach oben“ weiterzugeben hatten. Wegen dieses Zwiespaltes war die Rolle des Kreissekretärs, der einzigen besoldeten Funktion im Kreisverband, schwierig, die Fluktuation in diesem Amt groß. Allzu oft verschwieg der Kreissekretär Missstimmung und Klagen an der Basis – entweder aus Angst vor Zurechtweisung oder im Bewusstsein, dass kritische Stimmen oder konkrete Beschwerden sowieso ohne Resonanz von oben blieben. Die Informationsberichte aus den Kreisen wurden seit den sechziger Jahren zunehmend schönfärberisch. An neuralgischen Punkten der DDR-Geschichte allerdings wie etwa beim staatlichen Vorgehen gegen die Junge Gemeinde (1953), bei den Fällen Brüsewitz und Biermann (1976), bei der Einführung des obligatorischen Wehrkundeunterrichts (1978), beim Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei (1968), bei der Solidarność-Bewegung in Polen (1981/82) oder eben beim Juniaufstand und beim Mauerbau kam doch in diesen Informations- und Stimmungsberichten das Ausmaß der Unzufriedenheit an der Basis klar zum Ausdruck.

So deutete Heyl bei der erwähnten Sitzung des Präsidiums des Hauptvorstan-

des vom 29. 8. 1961 bereits an, in den Kreisen gebe es Befürchtungen, die Maßnahmen vom 13. August „vertieften die Spaltung Deutschlands und brächten die Gefahr einer Spaltung der Kirche“. Auch werde über Selbstbestimmungsrecht und Freie Wahlen diskutiert.

„Macht freie Wahlen“

Heyls Sorge offenbart hier nur die Spitze eines Eisberges. Die Parteileitung konstatiert in der CDU-Mitgliedschaft und in der christlichen Bevölkerung „Unklarheiten und falsche Auffassungen zu den gegenwärtigen Grundfragen der Politik“. Tatsächlich gibt es auf der unteren und mittleren Ebene der Partei zum Teil scharfe Kritik am Mauerbau. In einem undatierten Informationsbericht vom Spätsommer 1961 werden beim Hauptvorstand Beispiele für solche kritischen Stimmen registriert: „Die Maßnahmen unserer Regierung [...] vertiefen die Spaltung Deutschlands und spalten die Kirche...; sie sind unmenschlich.“ „Vielfach wird gesagt: Macht freie Wahlen, dann werden wir uns schon richtig entscheiden.“ Zur politisch-ideologischen Auseinandersetzung wird in einem Bericht des Bezirksverbandes Neubrandenburg festgestellt, bei den CDU-Mitgliedern gebe es noch „einige Unklarheiten [...] zum Begriff der Freiheit“ und „über die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse“. Die Lösung der ökonomischen Probleme in der DDR sei „aussichtslos“. Und: Wenn der Weg der CDU an der Seite der SED richtig wäre, „dürften nicht so viele Menschen unsere Republik verlassen“. Auch „Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen“ in Verbindung mit den „Friedenssicherungsmaßnahmen“ am 13. August kommt zum Ausdruck, zudem Resignation. So heißt es in einem Informationsbericht des Kreisverbandes Döbeln (Sachsen) vom 22. August 1961: „Größtenteils wird zu den politischen Fragen

geschwiegen, oder man beteiligt sich nach Möglichkeit nicht an Versammlungen.“ In einem Bericht der Parteileitung, der die Stimmen aus der Basis komprimiert, liest man am 16. August 1961, Pessimismus und Resignation seien zu beobachten. Bei einem Teil der Parteimitglieder und in der christlichen Bevölkerung würden die Maßnahmen der Regierung als ein „Bruch des Völkerrechts“ gewertet. Die DDR sei ein „Konzentrationslager beziehungsweise Zuchthaus“, der Westen werde sich derartige Maßnahmen nicht gefallen lassen; nun sei es „gänzlich aus“.

Natürlich konnte es hier nicht darum gehen, neue Erkenntnisse zu Ursachen und Anlässen so komplexer Vorgänge wie Juniaufstand und Mauerbau zu liefern. Es sollte vielmehr untersucht werden, wie sich an diesen Nahtstellen der DDR-Geschichte die nach der SED größte Partei, eben die CDU, verhalten hat. Dabei hat der Quellenbefund eindeutig gezeigt, wie unzutreffend, unqualifiziert und auch ungerecht es wäre, die CDU als durchgängig und homogen in der Spur der SED laufende „Blockflöte“ zu diskreditieren, wie das bis heute immer wieder

geschieht. Wir haben gesehen, dass sich die Reaktionen von Parteiführung und Parteimitgliedschaft zu Juniaufstand und Mauerbau nicht nur graduell, sondern qualitativ voneinander unterschieden, dass es eine Kluft gab zwischen den einfachen Mitgliedern der Partei und den kaderpolitisch bereinigten Eliten. Diese Doppelstruktur war auch der SED bewusst, und deshalb begegnete sie der „befreundeten Partei“ über Jahrzehnte hinweg mit unverhohlenem Misstrauen. Offensichtlich waren die Säuberungs- und Gleichschaltungsprozesse, mit denen SED und sowjetische Besatzungsmacht die bürgerlichen Parteien seit deren Gründung, insbesondere aber nach der DDR-Staatsgründung überzogen hatten, nicht vollständig bis in die Wurzeln gedrungen. Jedenfalls blieb die Divergenz zwischen Wünschen, Hoffnungen und politisch-weltanschaulichen Überzeugungen der Parteibasis auf der einen und dem prokommunistischen oder doch zumindest anpassungsbereiten Kurs der Funktionseliten der Partei auf der anderen Seite ein zentrales Charakteristikum der Geschichte der Ost-CDU bis hin zum Ende der DDR.

Verrat an der Revolution

„Die Zusammenarbeit von Bündnis 90/Die Grünen mit der PDS ist ein Verrat an den Ideen der friedlichen Revolution und den Menschen der Bürgerrechtsbewegung der DDR.

Sie bedeutet einen weiteren Bruch des Assoziationsvertrages, der 1993 die Grundlage des Zusammengehens von westdeutschen Grünen und ostdeutschen Bürgerrechtlern war. Sie ist unvereinbar mit dem politischen Programm von Bündnis 90/Die Grünen.

Durch diese Zusammenarbeit wird der antitotalitäre Konsens in Deutschland aufgekündigt und die Demokratie gefährdet – insbesondere im politisch labilen Ostdeutschland. Ich kann und will diese Politik nicht mitverantworten.“

(Konrad Weiß in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 20. Juni 2001)